

STELLUNG 'ILLEGALER' IM ARBEITSMARKT

I. VORBEMERKUNGEN

EINFÜHRUNG

1996-1998 wurde vom Verfasser im Auftrag des Jesuiten-Flüchtlingsdiensts in Leipzig eine empirische Feldstudie zur Lebenssituation 'illegaler'¹ Migranten durchgeführt, die Ergebnisse wurden 1999 in einem Forschungsbericht ("Illegal in Deutschland", von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe) veröffentlicht². Arbeitssuche, Beschäftigungs- und Verdienstsituation sind zentrale Elemente in der Lebensgestaltung 'Illegaler', unabhängig von den Gründen, die sie ursprünglich nach Deutschland geführt haben. An dieser Stelle möchte der Verfasser ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass es sich bei den 'Illegalen' um *keine homogene Personengruppe* handelt. Zu unterschiedlich sind, trotz aller Gemeinsamkeiten, die Migrationshintergründe und Erwartungen an den Aufenthalt in Deutschland. Zur Illustration sei auf die Unterschiede zwischen 'illegalen' Flüchtlingen und 'illegalen' Arbeitsmigranten verwiesen: Als *Flüchtling* wird eine Person bezeichnet, die "aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung" ihr Herkunftsland verlassen hat bzw. dieses verlassen mußte, weil dort ihr "Leben oder (ihre) Freiheit ... bedroht sein würde"³. Diese Gesprächspartner stammen mehrheitlich aus den Ländern Asiens und Afrikas sowie der Türkei. Sie sahen für sich zu Hause keine Zukunft mehr und betrachten Deutschland als ihren neuen Lebensmittelpunkt. Als *Arbeitsmigranten* werden vom Verfasser diejenigen 'Illegalen' bezeichnet, deren Emigrationsgrund primär materielle Bedürftigkeit und Perspektivlosigkeit im Herkunftsland ist. Sie sehen in ihrem illegalen Aufenthalt in Deutschland vor allem die Möglichkeit, durch Arbeit den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen bestreiten zu können. Bis auf eine Ausnahme kamen alle Gesprächspartner dieser Gruppe aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Unter den Gesprächspartnern dominierten solche, die sich nach wie vor an Personen im Herkunftsland gebunden fühlen: In erster Linie handelt es sich um Familienväter, aber auch um junge Männer, die für ihre daheimgebliebenen Eltern und Geschwister sorgen wollen. Der Lebensmittelpunkt dieser Menschen liegt deshalb immer noch im Herkunftsland, und je nach finanzieller Situation pendeln die Gesprächspartner zwischen Herkunfts- und Arbeitsort hin und her.

ALLGEMEINE ERKENNTNISSE BEZÜGLICH DER ARBEITSSITUATION

In Leipzig konnten folgende Beschäftigungsnischen für 'Illegale' festgestellt werden: Im Außenbau fanden 'Illegale' Arbeit als Poliere und Vorarbeiter, Betoneisenflechter, Abbrucharbeiter, Hilfsarbeiter zum Entkernen und Schuttwegräumen sowie als Maurer. Im Trockenbau wurde von Tätigkeiten als Fliesenleger, Fußbodenschleifer, Parkettleger, Tapezierer und im Fensterbau berichtet. An sonstigen, abhängigen Beschäftigungsmöglichkeiten wurden genannt: Garten- und Landschaftspflege, Glas- und Gebäudereinigung, Polsterer und Restauratoren von Antikmöbel, Hausarbeits-, Haushaltshilfen und Dienstmädchen, (Innen-)Raumpflege und Reinigungsunternehmen, Autoreparatur, Lagerarbeiter, Transportarbeiter, Landwirtschaft, v.a. Obst- und Gemüseanbau, Restaurants/Imbissstände, Schneeschaufeln, Verkaufsassistenten auf

Märkten oder Geschäften, Zeitungsverkauf und Prostitution. Eine beachtliche Anzahl 'illegaler' Migranten finden Verdienstmöglichkeiten als *'Selbständige'*, z.B. durch den An- und Verkauf von Gebrauchtwagen, Handel mit Schrott und Sperrmüll, 'professionelles Betteln', kommerzielle Wohnungs- und Arbeitsvermittlung sowie Transportdienstleistungen für andere 'Illegale', z.T. mit Dolmetscherdiensten, Musik (Straßenmusik und Konzertauftritte), Produktion von (gefälschten) Markentextilien, als 'Fliegender Händler' oder gar als Arbeitgeber für andere 'Illegale' über von Stroh Männern geleitete Subunternehmen und Scheinfirmen.

Im Verlauf der Datensammlung waren folgende Punkte auffällig:

- a. Es zeigte sich, dass in Leipzig das Baugewerbe, das Hotel- und Gastronomiegewerbe, sowie Reinigungs- und Raumpflegeunternehmen die wichtigsten Beschäftigungsbranchen für 'Illegale' sind.
- b. Während Arbeitsmigranten aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa eher in der Baubranche arbeiteten, war der bevorzugte Arbeitsplatz farbiger, außereuropäischer 'Illegaler' eher der Innenbereich geschlossener Räume, vor allem im sogenannten Nahrungsgütersektor (Landwirtschaft, Lagerbetrieb, Gastronomie).
- c. Selten sind 'Illegale' in dem Beruf tätig, für den sie eine Ausbildung besitzen. Damit zusammenhängend war die hohe Anzahl an Akademikern auffällig, die zum Teil schwerste Hilfsarbeiten zu niedrigsten Stundenlöhnen leisteten: Hier traf man beispielsweise (promovierte) Ingenieure, Schuldirektoren und Lehrer, Musiker, Philosophen und Mathematiker sowie eine Reihe von Universitätsstudenten.

Aufgrund der komplexen Strukturen und Rahmenbedingungen, welche die Beschäftigungssituation 'Illegaler' beeinflussen, war eine Beschränkung der Untersuchung auf eine Branche sinnvoll. Aus verschiedenen, im Forschungsbericht erläuterten Gründen, wurde sich im Rahmen der Bezugsstudie auf die Baubranche konzentriert. *Ein Forschungsergebnis der Studie lautet deshalb: "Die Beschäftigung von 'Illegalen' ist, zumindest im Baugewerbe, unter den gegenwärtigen (internationalen) Rahmenbedingungen nahezu unvermeidbar und in mancher Hinsicht sogar gesamtwirtschaftlich nützlich."* Diese Aussage soll nachfolgend erläutert werden, gefolgt von der Schilderung aktueller Probleme, mit denen auf dem Bau beschäftigte 'Illegale' zunehmend zu kämpfen haben. Die Darlegungen schließen mit einigen Handlungsperspektiven.

QUELLENLAGE FÜR DIE NACHFOLGENDEN ÄUSSERUNGEN

Als Primärquelle dienen die Aussagen von 16 'illegalen' Gesprächspartnern die z. T. seit Anfang der 90er Jahre auf Leipziger Baustellen arbeiten⁴. Darunter sind (Überschneidungen in den Funktionen sind möglich):

- a. Zwei 'Kolonnenführer' verschiedener Nationalität, d.h. Personen, die mehrere Arbeitnehmer anleiten und beaufsichtigen,
- b. drei Personen verschiedener Nationalität, die als Arbeitsvermittler fungieren - einer auf privater, zwei auf kommerzieller Basis,
- c. eine Person, die trotz ihres illegalen Status als Arbeitgeber tätig ist⁵.

Daneben werden in dieses Kapitel Erkenntnisse aus Gesprächen mit Kontaktpersonen und

Experten einbezogen. Unter letzteren sind hervorzuheben die Mitarbeiter der Dienststellen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung beim Arbeits- und Hauptzollamt, Vertreter der IG Bauern-Agrar-Umwelt, Arbeitgeber kleiner und mittelständischer Baubetriebe sowie Bauarbeiter. Schriftliche Quellen wurden dem Verfasser sodann unter anderem vom Arbeitsamt Leipzig, der Leipziger Gewerbebehörde und dem Leipziger Hauptzollamt überlassen⁶.

II. NACHFRAGE NACH 'ILLEGALEN' BILLIGSTARBEITERN AUF DEM BAU

STRUKTURELLE GRÜNDE FÜR DIE BESCHÄFTIGUNG 'ILLEGALER'

Ins Zentrum der Problematik führt das nachfolgende Zitat von M. Knipper, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie:

"Mittlerweile ist auch die Bauwirtschaft dem internationalen Wettbewerb mittels zunehmender Mobilität von Kapital und Arbeit stark ausgesetzt. Das Angebot an ausländischen Billigarbeitern fällt deshalb relativ stark ins Gewicht, weil die Bauwirtschaft ein arbeitsintensiver Wirtschaftszweig ist. Es gilt deshalb: 'Wer die niedrigeren Löhne hat, hat auch den Auftrag'. Dies kann in der gleichen Härte in fast keiner anderen Branche gesagt werden."

Der "deutliche Arbeitsplatzabbau hat seine Ursachen sicherlich in der konjunkturellen Krise, hervorgerufen durch den starken Rückgang der Nachfrage nach Bauleistungen in Deutschland. Noch stärker macht sich allerdings der Strukturwandel und das Vordringen ausländischer Niedriglohnunternehmen auf den deutschen Baumarkt bemerkbar" [S.16+22].

Wie stellt sich dies konkret in Leipzig dar? Seit dem Wegfall der Präferenzregelungen in der Auftragsvergabe für ostdeutsche Unternehmen am 1.1.1996 müssen größere *Ausschreibungen überregional oder gar europaweit* durchführt werden. Mit anderen Worten: Es ist Auftragsgeben nicht mehr ohne Weiteres möglich, wie früher gezielt kleine und mittlere Unternehmen zu bevorzugen. Gleichzeitig folgt daraus, dass bei so ausgeschriebenen Aufträgen Firmen aus allen Teilen Europas Angebote einreichen können.

Dies platziert die deutsche Bauwirtschaft in eine schlechte Wettbewerbssituation denn: Grundsätzlich sind die deutschen *Kosten für den 'Faktor Arbeit' relativ hoch*: 1997 betrug die "produktive Arbeitsstunde" eines Leipziger Bauarbeiters 64,63 DM. In dieser Summe ist lediglich 19,50 DM Lohn enthalten. Der Restbetrag besteht aus tariflich oder gesetzlich vorgesehenen Lohnzusatzkosten, die im internationalen Vergleich von wahrhaft herausragender Höhe sind⁷. Darüber hinaus ist die tariflich vereinbarte Jahressollarbeitszeit in Deutschland eine der niedrigsten im internationalen Vergleich⁸ und schließlich ist die Bezahlung (wieder im internationalen Vergleich) überdurchschnittlich oft nach Stundenarbeitszeit und nicht nach Leistung geregelt.

In vielen anderen Branchen ist die Höhe von Löhnen, Lohnzusatzkosten, Arbeitszeit und damit zusammenhängenden 'Kapazitätenauslastung' die Begründung dafür, dass Arbeitgeber arbeitsintensive Produktionsabschnitte in Billiglohnländer verlegen ("Kostenexternalisierung"). Dies ist in der Bauwirtschaft, wo an Ort und Stelle produziert wird, nicht möglich - ebenso sind hier der Wegrationalisierung von Arbeitskräften durch Mechanisierung im Betriebsablauf

Grenzen gesetzt⁹. Um die Kosten zu senken und dadurch die Konkurrenzfähigkeit zu steigern wurden bereits (zum Teil einvernehmlich zwischen den Sozialpartnern, zum Teil auf Druck der Arbeitgeber) eine Fülle von *Maßnahmen zur Senkung der Lohn- und Lohnzusatzkosten* ergriffen. Dies geschah beispielsweise dadurch, dass immer weniger Menschen auf der Basis einer Daueranstellung bei laufender Lohnzahlung arbeiten. Es wimmelt inzwischen von Sonder-Arbeitsvereinbarungen wie z.B. Teilzeit- und Leiharbeit, Winterarbeitslosigkeit mit Wiedereinstellungsgarantie, 'Eigenarbeit', 'Aushilfe', Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, 'Gemeinnütziger' Arbeit für Sozialhilfeempfänger, Leasingverträgen, Arbeitnehmerüberlassung, Semesterarbeit von Studenten, Arbeit von geringfügig Beschäftigten auf 520 DM (Ost-) Basis, Werkverträgen, Werklieferungsverträgen, Qualifizierungs- und Weiterbildungsverträge. Wie die Beschäftigungsformen bröckelten auch die Bezahlungsvereinbarungen. Der bundeseinheitliche Flächentarifvertrag wird zunehmend durch Tariföffnungsklauseln aufgeweicht oder gleich durch 'Sondertarife' oder Sondervereinbarungen ersetzt, die sich unter Berufung auf 'Härteklauseln' an den 'ortsüblichen Löhnen' orientieren. Ein Experte aus dem Bereich der Justiz meinte beispielsweise zu den 'ostdeutschen Verhältnissen':

"Unter der Härteklausel kann der Arbeitgeber schon jetzt den Tarifvertrag legal unterlaufen und die Gehälter so senken, dass deutsche Arbeitnehmer "freiwillig" gehen. Dann beschäftigt er erst recht Billigstarbeiter"¹⁰.

Ein Versuch deutscher Firmen, dem Kostendruck, der durch Billiganbieter entsteht, zu begegnen ist, indem sie von vorne herein versuchen, Firmen und Arbeitskräfte aus Billig-Lohnzonen der EU oder Osteuropa auf einer legalen Basis in die Abwicklung der eigenen Bauaufträge einzubeziehen. Das hier entstehende Problem ist jedoch, dass diese Arbeitsverhältnisse "*Inseln fremden Rechts*" [DGB:3] schaffen, weil diese Arbeiter *hinsichtlich* der Entlohnung nach den Tarifen ihrer Heimatländer bezahlt und nach den dortigen Gesetzen versichert werden. Damit können die bestehenden Lohn- und Tarifgefälle innerhalb und außerhalb der Europäischen Union legal auf deutsche Baustellen 'importiert' werden.

Neben niedrigeren Löhnen gibt es aber auch noch andere Gründe die eine Beschäftigung Nichtdeutscher profitabel macht: Beispielsweise sind nichtdeutsche Arbeitgeber und -nehmer, die auf deutschen Baustellen tätig sind, nicht an die deutschen arbeitsrechtlichen Regelungen gebunden. Arbeitszeiten von über zehn Stunden sind danach für diese rechtlich durchaus zulässig und bieten deutschen Behörden keine Handhabe zum Einschreiten. Dasselbe gilt für Arbeitsschutzbestimmungen. Vor allem auf dem Hintergrund des steigenden Termindrucks in der Baubranche ergeben sich also noch *andere Vorteile bei der Beschäftigung nichtdeutscher Arbeitnehmer*: Sie sind (da Geldverdienen ihr primäres Interesse ist) sofort bereit, länger und mehr als deutsche Arbeitnehmer zu arbeiten, sie haben keine Urlaubsansprüche, sind (da ohne Familie) sofort an andere Orte verlegbar und stellen keine Ansprüche an den Arbeitsschutz. Hier liegt auch ein Grund dafür, warum viele 'Billige' und 'Illegale' nicht nur unqualifizierte Hilfsarbeiten machen, sondern gezielt wegen ihrer Qualifikationen angeworbene Facharbeiter sind, die 'nach Dienstschluss' die Arbeiten weiterführen, die der deutsche Bauarbeiter aufgrund tarifvertraglicher oder arbeitszeitlicher Regelungen nicht mehr zu tun bereit ist¹¹.

Nachdem mehr und mehr Konkurrenten mithilfe solcher Praktiken legal (und zunehmend illegal) ihre Angebotskosten drücken und ihre -palette ausweiten können, sehen sich eines Tages selbst die um Korrektheit bemühten *Arbeitgeber zur Angleichung an den Trend zur*

Illegalität gezwungen. Ein Experte beim Arbeitsamt zitiert die Klage eines seiner Gesprächspartner wie folgt:

"Pleite geh ich so und so: Arbeite ich mit illegalen Tricks oder beschäftige ich gleich 'Illegale' und werde erwischt - Pech. Oder ich beteilige mich nicht an diesen Tricks und überlasse gleich alles der Konkurrenz. So habe ich und die Firma wenigstens noch eine Chance - denn ob gerade ich kontrolliert werde ist ja nur eine Frage der Wahrscheinlichkeit."¹²

Experten bestätigen, dass die Beschäftigung 'Illegaler' für kleine und mittelständische Baufirmen zunehmend zu einer Überlebensfrage wird. Der Konkurrenzdruck aus Osteuropa und der EU, so die Leipziger Gewerbebehörde in einer Stellungnahme an den Verfasser, zwingt die Arbeitgeber bereits jetzt dazu "in den Ausschreibungsverfahren ... mitunter bis an die Schmerzgrenze der Rentabilität" zu gehen und "Verluste in Kauf (nehmen), um den Auftrag zu erhalten". Als Grund für die illegale Beschäftigung von Ausländern und Leistungsempfänger sind "eindeutig Kostenfragen" anzusehen, "da der Arbeitgeber neben einer unter Tarif liegenden Lohnzahlung auch die Arbeitgeberanteile bei Sozialleistungen 'spart'."¹³

DIE ARBEITSORGANISATION DURCH HAUPTUNTERNEHMER

Die nächste Schwachstelle im vorliegenden Problemkontext sehen viele Gesprächspartner in der zunehmenden Auftragsvergabe an und Arbeitsorganisation von Bauprojekten durch Hauptunternehmer¹⁴. Dieses Verfahren zur Durchführung von Bauprojekten bringt auf den ersten Blick *große Vorteile für den Auftraggeber*: Nach Übergabe des Auftrags an den Hauptunternehmer braucht der Auftraggeber sich um nichts mehr zu kümmern - er bekommt ein schlüsselfertiges Objekt von diesem geliefert. Die vorhandenen Verbindungen der Hauptunternehmer zu anderen Firmen und Lieferanten ermöglichen eine straffe Koordination des Bauvorhabens mit kurzen bzw. termingerechten Bauzeiten und Preisgarantien. Der Hauptunternehmer stückelt einen erhaltenen Auftrag in den Bereichen, wo er keine Eigenleistungen erbringt, in Unteraufträge und bietet diese Nachunternehmern an, die auf die Erledigung der in Frage stehenden Aufgabe, z.B. Ausschachtungsarbeiten, Grubenabsicherung, Entwässerung, Fliesenlegen, Dachisolierung etc. spezialisiert sind. Rein prinzipiell ist innerhalb dieses Arbeitsorganisations-Modells natürlich dafür gesorgt, dass alles mit 'rechten Dingen' zugeht: Stets wird darauf verwiesen, dass Auftragsvergaben und -durchführungen gemäß der "in der Bundesrepublik Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen" erfolgen. Der Hauptunternehmer überwacht die Durchführung der Arbeiten und die dabei erbrachte Arbeitsqualität. In aller Regel erhält der Auftraggeber im Rahmen der sogenannten Gewährleistung die kostenlose Nachbesserungen im Schadensfall zwischen drei und zehn Jahre nach Bauabschluss garantiert. Aus all diesen Gründen ist dieses Modell nicht nur für Bauvorhaben in Millionenhöhe attraktiv, sondern auch für kleinere Bauvorhaben bis hin zur Errichtung des Eigenheims.

Die Praxis sieht jedoch nach Meinung von Gesprächspartnern des Verfassers anders aus: Bei der *Einreichung von Geboten* sind Hauptunternehmer aufgrund ihrer Größe und Finanzkraft (nicht selten besitzen namhafte Banken Beteiligungen an ihnen) nicht gezwungen, Kalkulationen ebenso exakt durchzuführen wie kleine und mittelständische Unternehmen. Sie veranschlagen bei der Erstellung von Angeboten Pauschalsummen auf dem Hintergrund ihrer bisherigen Erfahrungen bzw. unter Einbeziehung der Berechnungsgrundlagen ihrer Konkurrenz - wobei hierunter oft nur andere Hauptunternehmer zu verstehen sind, da *kleine und mittlere Unter-*

nehmen vor allem bei größeren Aufträgen ohnehin *nicht mithalten* können. Zunehmend erweist sich jedoch, dass mehr und mehr Hauptunternehmen keine eigenen Leistungen mehr erbringen, weil sie diejenigen Bereiche ihrer Konzerne, in denen noch eigene Bauleistungen erbracht werden, schließen. Sie entwickeln sich zu Firmen, in denen Manager, Betriebswirte, Buchhalter und Juristen dominieren. Daraus folgt, dass sie zur Realisierung von Bauvorhaben mehr und mehr Nachunternehmer heranziehen müssen.

Während Auftraggeber wenigstens nach außen formal ein Ausschreibungsverfahren durchführen und Gebote von interessierten Firmen einholen, ist der Hauptunternehmer hierzu nicht verpflichtet. Ist ihm der Auftrag zugeschlagen, erhalten Nachunternehmer das Angebot, einen bestimmten Unterauftrag für einen festen Betrag zu erledigen - dieses Verfahren wird von Gesprächspartnern als "*Knebel'-oder 'Pistole-auf-die-Brust-Vertrag*" bezeichnet. Der Nachunternehmer kann natürlich 'Nein' zu einem solchen Angebot sagen, weiß aber auch, "Wenn ich den Auftrag nicht übernehme, macht's die Konkurrenz". Nimmt der Nachunternehmer jedoch den Auftrag an, so ist er seinerseits gezwungen, Teile desselben zu ähnlichen Bedingungen wieder an andere Firmen weiterzugeben, denn: Nur wenn er selbst wieder Auftragsteile an Billigfirmen weitergibt, kann er selbst halbwegs kostendeckend arbeiten. Natürlich läßt er sich von seinem Nachunternehmer schriftlich versichern, dass auch dieser seinen Part gemäß der "in der Bundesrepublik Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen" erledigen wird etc.

Dieses System kann bestens zum Verschleiern illegaler und krimineller Betätigungen instrumentalisiert werden. Es entstehen immer undurchschaubarere Ketten von Nachunternehmern aus dem In- und Ausland. Auf der Bautafel stehen jedoch lediglich die unverdächtigen Adressen renommierter Firmen der deutschen Bauwirtschaft, ihrer Niederlassungen, Filialen und Tochtergesellschaften. Am untersten Ende der Nachunternehmerketten finden sich hingegen Firmen, die teilweise von recht eigenartigen 'Arbeitgebern' geleitet werden, wie etwa Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, vorbestraften Kleinkriminellen, vorgeschobenen Stroh Männern, 'Illegalen', oder gar professionellen Menschenhändlern. Die zunehmende Mobilität von Arbeitskräften bringt zudem einen Verlust an Sozialkontrolle mit sich: Werden auf einem Bauprojekt nur örtlich ansässige Firmen beschäftigt, so besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass die Beschäftigung 'Ortsfremder' verhindert werden kann. Ist die Firma aber als solches unbekannt, sind auch die Beschäftigungsverhältnisse nicht leicht durchschaubar¹⁵.

DIE VERANTWORTUNG DER AUFTRAGGEBER

Auftraggeber könnten theoretisch diesem Trend durch Auflagen bzw. die Ausgestaltung ihres Ausschreibungs- und Vergabeverhaltens entgegensteuern. Zum Beispiel:

- a. Sie könnten bei der Auftragvergabe darauf bestehen, dass der Auftragnehmer den Auftrag mit eigenen gewerblichen Arbeitnehmern erfüllen muß und ihn nicht an Nachunternehmer bzw. nur an Nachunternehmer aus der Region weitergibt.
- b. Komplexe Vorhaben wie z.B. "Dach" oder "Innenausbau" könnten als Komplettleistung ausgeschrieben werden (d.h. als von dem Auftragnehmer komplett zu erbringende Leistung) um so eine Untervergabe an Nachunternehmer zu vermeiden.
- c. Niedriggebote könnten auf eine sachgerechte Preisermittlung hin überprüft werden,

- indem entweder versucht wird, ein Gebot in den wesentlichen Kalkulationsansätzen nachzuvollziehen oder indem gleich die Bieter gebeten werden, ihre Preisermittlung anhand der technisch erforderlichen Ansätze entsprechend darzustellen und zu begründen. Für die meisten der in diesem Feld berufsmäßig tätigen Experten gilt: "Es lässt sich... aus den angegebenen Lohnkosten erkennen, ob der Mittellohn sowie die Zuschläge für lohnabhängige Kosten den tarifvertraglichen Vereinbarungen und gesetzlichen Bestimmungen entsprechen"¹⁶. Bieter, die 15-20% unter dem Durchschnitt der anderen lägen, wären dann von vorne herein von der Auftragsvergabe ausgeschlossen.
- d. Schließlich könnten sie sich mindestens bei ihrer Auftragsvergabe in Erinnerung rufen, dass das billigste Gebot nicht immer das wirtschaftlichste ist: Bei Billigbietern ist die Gefahr überproportional, schlechte Qualität geliefert zu bekommen, die hinterher aufwendige Nachbesserungen oder hohe Wartungskosten verlangen.

In der Praxis sind allerdings fast alle Auftraggeber dankbar dafür, dass die Baupreise mehr und mehr sinken und mehrfach wurde von Experten angemerkt, dass Auftraggeber den Zwang der Bauindustrie, aus Überlebensgründen fast jeden Auftrag anzunehmen, geschickt in ihrem Interesse ausnützen und dabei ihrerseits bewusst in Kauf zu nehmen, dass die Realisierung ihres Auftrags illegale Praktiken geradezu erzwingt. Drei Beispiele aus der Praxis:

- a. In 'informellen' Sondierungen wird von Auftraggebern versucht, die absehbaren Gebote verschiedener Firmen mit Wünschen nach Sonderrabatten und Nachlässen unter die Grenze der Wirtschaftlichkeit zu drücken.
- b. Der Auftraggeber zwingt den Hauptunternehmer zur Pauschalkalkulation, indem er etwa anfragt, was dieser für 100 Kubikmeter Tiefgarage veranschlagt - ohne aber Gesamtgröße des Objekts, Baudauer und Ausstattungswünsche exakt zu benennen. Erhält der Hauptunternehmer aufgrund seines Pauschalgebots den Auftrag, kann es durchaus sein, dass er dann erst entdeckt, mit seinem Voranschlag die Wünsche des Auftraggebers nicht (legal) finanzieren zu können.
- c. Schließlich ist der Hauptunternehmer an Detailangaben des Auftraggebers gebunden: Wenn dieser von vorne herein mehr Geld für Teppichböden vorsieht als für die Dachabdeckung, muß der Auftragnehmer entsprechend schauen, wie er dennoch ein halbwegs dichtes Dach 'organisieren' kann¹⁷.

Beispiele für solche Verhaltensweise kann man sowohl im privaten als auch öffentlichen Bereich finden, bei der Vergabe von Großprojekten ebenso wie bei der Vergabe des Eigenheimbaus und so stellt die Leipziger Gewerbebehörde in einer Stellungnahme an den Verfasser fest: Bei den "deutschen Auftraggebern" ist die Bereitschaft unübersehbar, "aus Kostengründen" die jeweils billigeren Anbieter zu nehmen.

RENDITE UND ZINSEN FÜR KREDITGEBER

Auch die Mitverantwortung der Kreditgeber soll angesprochen werden, da Bauvorhaben in der Regel fremdfinanziert sind. Am Anfang des Baubooms, als Bauherren händeringend nach Kreditgebern suchten, wurden von vielen Banken für ihre Kredite Renditen verlangt, welche den Durchschnitt vergleichbarer Renditen in den alten Bundesländern um ein Vielfaches überschritten. Um diese Forderungen zu bedienen, so einige der Gesprächspartner, waren Baufirmen zu illegalen Praktiken bis hin zur Beschäftigung 'Illegaler' gezwungen, weil alles andere

ihre eigene Kreditwürdigkeit gefährdet hätte. Nun, in der Krise der Bauwirtschaft, sichern sich die Banken 'ihren' Teil dadurch, dass sie am lautesten und brutalsten auf die Begleichung von Schulden mit Zins und Zinseszins bestehen. Ein Unternehmen, welches entweder seinem Nachunternehmer oder seiner Bank Geld schuldet, wird natürlich die Bank bedienen, auch wenn dann der Nachunternehmer in die Gesamtvollstreckung gehen muß. Auch hier muß ein Bauunternehmer, wenn er dennoch wenigstens mit einer "Schwarzen Null" abschließen will, zu illegalen Praktiken zurückgreifen.

III. AKTUELLE ENTWICKLUNGEN NACH 1995

Während es bis 1995 nach Aussagen der Gesprächspartner generell keine nennenswerte Probleme gab, eine (gute-)bezahlte Arbeit zu finden, wird ab dann eine zunehmende Verschärfung der Situation berichtet. Einige Gründe: Aus verschiedenen Gründen liegt nahe, dass die *Anzahl 'illegaler' Migranten* in Deutschland *ansteigt*. Aus den Forschungsergebnissen seien kurz genannt:

- a. Durch die Reform des Asylrechts 1993 sowie die verschärfte Ausweise- und Abschiebungspraxis werden mehr und mehr in Deutschland lebende Flüchtlinge in den Untergrund abgedrängt.
- b. Da die Push-Faktoren (Krieg, Menschenrechtsverletzung, Armut etc.) und Pull-Faktoren (Wohlstandsgefälle, Nachfrage nach Billigstarbeitskräften etc.) unverändert das Verhalten von hunderten Menschen bestimmen, hält auch der illegale Zustrom von Migranten in die Länder der Europäischen Union an.
- c. Die immer stärkere Abschottung der EU-Außengrenzen macht auch die Heimreise 'illegaler' Migranten immer schwerer bzw. teurer. Dies bedeutet, dass immer weniger Menschen heimreisen können wenn sie es wollten und so zu einer unfreiwilligen Verlängerung ihres Aufenthalts gezwungen werden.

Diese Migranten konkurrieren um die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten für 'Illegale', deren Anzahl gerade in der Bauindustrie im Durchschnitt wohl eher stagniert bzw. sinkt als ansteigt, denn: Seit dem Ende des Baubooms in Ostdeutschland 1994/95 ist ein *dramatischer Konjunkturerinbruch in der Baubranche* zu verzeichnen. Ein Ende dieser Abwärtsentwicklung ist nach übereinstimmender Einschätzung von Arbeitgebern, Gewerkschaften oder der Industrie- und Handelskammer noch nicht abzusehen. 'Illegale' Gesprächspartner berichteten schließlich, dass ihnen die seit 1994 *steigenden Kontrollen durch die Behörden* zunehmend Arbeitssuche und Arbeiterhalt erschweren. Eine neue diesbezügliche Verschärfung erfolgte 1996 mit der nochmaligen Personalaufstockung vor allem bei den Prüfbehörden des Leipziger Arbeitsamts.

IV. VERHALTENSWEISEN DER ARBEITGEBER

Dies führt nach übereinstimmenden Aussagen der Gesprächspartner verstärkt zu folgenden Verhaltensweisen auf Seiten der Arbeitgeber: Diese tendieren zunehmend dazu, *'Illegale' eher kurz als längerfristig zu beschäftigen*. Dies ist sowohl eine Reaktion auf die Kontrollen der Behörden als auch auf das Arbeitskräfte-Überangebot. Wegen letzterem ist es für einen Arbeitgeber nicht mehr so nötig wie früher, 'Illegale' fest anzustellen. Wollte beispielsweise 1994/95 ein Arbeitgeber gewährleisten wissen, dass er in allen Sektoren seines Betriebs und je

nach Bedarf über Billigstarbeitskräfte verfügen kann, mußte er sich einen mehr oder weniger konstanten 'Pool' an solchen Personen aufbauen: Aus den Gesprächsnotizen des Verfassers anlässlich der Begegnung mit einem 'Illegalen', der einem solchen Team angehörte:

In Leipzig waren sie elf Personen in einem Arbeitskräftepool, davon aber nur vier Ausländer. Für sie gab es meistens vorübergehende Jobs, mal hier Parkett, mal dort Aufräumen etc. Der Arbeitgeber stellte aus ihrem Pool jedesmal die Leute zusammen, die er für einen Job brauchte - selten waren sie alle auf einer Baustelle. Sie bekamen nur Geld, wenn sie arbeiteten, waren aber kaum arbeitslos.

Wegen des Überangebots an nicht bzw. unterbeschäftigten 'Illegalen' können Arbeitgeber ihren Bedarf an gut qualifizierten Arbeitskräften nun kurzfristig und sehr flexibel direkt auf dem Arbeitsmarkt oder über Vermittler decken. Manche Beschäftigungsverhältnisse dauern dabei nur wenige Tage. Eine solche Kurzbeschäftigung hat viele Vorteile für den Arbeitgeber. Nur drei seien genannt:

- a. Es ist kein permanentes, vom Arbeitgeber unterhaltenes und relativ auffälliges Dauerquartier für seinen 'Arbeitskräftepool' mehr nötig.
- b. Kurzbeschäftigung schützt vor Enttarnung: Bevor Dritten auf einer Baustelle etwas Verdächtiges auffällt, Anzeige erstattet werden und die Kontrolle erfolgen kann, sind die Personen schon längst wieder entlassen oder ersetzt bzw. auf eine andere Baustelle verlegt worden.
- c. Kurzbeschäftigung verhindert eine Solidarisierung der 'Illegalen' untereinander. Indem Arbeitgeber 'Illegale' nur kurz beschäftigen, können sie sich erst gar nicht kennenlernen und - in gegebenem Fall - gegen ihn zusammenschließen.

Solide Profite können nach Einschätzung von Polizeiexperten in der krisengeschüttelten Baubranche schon dann eingefahren werden, *wenn ein Arbeitgeber*, vor allem in arbeitsintensiven Gewerken, *mehr als 50% seiner Arbeitnehmer schwarz beschäftigt* - wobei es hier zunächst egal ist, ob es sich um deutsche Schwarzarbeiter, illegal beschäftigte EU-Bürger oder komplett 'Illegale' im Sinne des Forschungsprojekts handelt. Während aber der deutsche Schwarzarbeiter darauf achtet, dass für ihn unterm Strich zumindest das an Nettolohn herauspringt, was er auch im legalen Arbeitsverhältnis verdienen würde, tut der 'Illegale' die gleiche Arbeit für einen Bruchteil des Geldes. Diese Art der Ausbeutung wird oft durch Scheinfirmen verschleiert, die Arbeitgeber selbst oder durch Strohmänner z.B. mit dem Zweck gründen, die Erledigung eines Auftrags zu tarnen. Die Gewinnspanne solcher Leute ist enorm: Sie bekommen vom Auftraggeber zwischen 40-65 DM, und geben höchstens zwölf DM an den Arbeitnehmer weiter und mit dem Rest decken sie ihre eigenen 'Aufwendungen'. Aber selbst diese Profitmarge läßt sich nochmals steigern.

Kriminelle Arbeitgeber und Vermittler nützen die Notsituation und die damit generell verbundene Unsicherheit der 'Illegalen' zunehmend für ihre eigenen profitablen Interessen aus, denn sie können aufgrund der Verzweiflung, die inzwischen unter vielen 'Illegalen' herrscht, für fast jede von ihnen *diktierter Lohnhöhe* Arbeitswillige bekommen. Ein 'Illegaler' meinte:

"Der Arbeitgeber zahlt uns das Geld aus. Wie viel eine Stunde kostet (d.h. wie viel der Arbeitgeber oder -vermittler in Wirklichkeit für die Arbeitsleistung seiner Leute erhält, d. V.) wissen

wir nicht. Er sagt uns: So ist der Preis: Sechs DM. Wenn es dir passt, dann arbeite, wenn nicht, dann nicht."

Darüber hinaus wird von *zunehmend ausgeklügelten Techniken* berichtet, *sich auch um die Auszahlung niedrigster Löhne herumzudrücken*. Folgende Beispiele:

- a. Es werden Vorschüsse auf den Lohn gezahlt mit der (mündlichen) Versicherung, es gebe derzeit finanzielle Engpässe und der Rest folge bei Erledigung der Arbeit. Bei Erledigung der Arbeit sind jedoch der Arbeitgeber oder Vermittler auf einmal spurlos verschwunden.
- b. Man bittet 'Illegale', Quittungen über nicht-erhaltene Beträge zu unterschreiben mit der Begründung, es handele sich um eine Formsache, um die Bücher in Ordnung zu halten. Die Beträge würden dann später ausgezahlt. Wird die Auszahlung der Beträge jedoch angemahnt, so wird den Betroffenen die von ihnen unterzeichneten Empfangsbestätigungen vorgehalten.
- c. Von drei Leuten auf einer Baustelle wird nur einer, von mehreren Nationalitäten nur eine ausgezahlt. Das verhindert einerseits eine geschlossene Solidarisierung unter den 'Illegalen', suggeriert diesen aber auch, dass der Arbeitgeber tatsächlich zahlungswillig und zahlungskräftig ist.
- d. Wenn ein Arbeitnehmer seinen Lohn einfordert, wird seitens des Arbeitgebers einfach mündlich behauptet, er habe ihm dann und dann einen namhaften Betrag ausgehändigt. Da es keinerlei schriftliche Unterlagen gibt, kann der Arbeitnehmer das Gegenteil nicht belegen¹⁸.
- e. Wenn ein 'Illegaler' ein Arbeitsverhältnis vereinbart hat, kann es vorkommen, dass der Arbeitgeber nach einer Weile mit folgendem Deal auf ihn zukommt: Wenn er auf die sofortige Auszahlung des ihm zustehenden Lohn verzichte, würde er ihm 'Präferenz' bei einer anderen, viel besser bezahlten Arbeit geben. Seine Aufrichtigkeit untermauert der Arbeitgeber durch das Auszahlen eines weiteren Vorschusses. So verlockt, sagen viele zu, nur um schließlich festzustellen, dass sie um die Gelder aus beiden Jobs betrogen wurden¹⁹.

Noch perfider ist, die 'Illegalen' gegen Ende des Bauprojekts verhaften und abschieben zu lassen. Von einem 'illegalen' Arbeitsvermittler stammt die folgende Aussage:

"In den ersten zwei Monaten zahlte xxx ordentlich und die bekamen 1000-1200 DM. Ab dem dritten Monat kam kein Geld mehr. Eines Tages sagte xxx: Morgen braucht ihr nicht vor 10 Uhr zu kommen. Als sie dann kamen, gab es eine Razzia und alle wurden verhaftet. Er ist davon überzeugt, dass xxx das Arbeitsamt 'bestellt' hatte, um sich der Arbeiter 'billig' zu entledigen. Zwar zahlte er 500 DM pro Mann Strafe, aber das war's. Die Leute selbst wurden alle ausgewiesen." [cf. hierzu auch EOB:50+59]

Bei nur einer Baustelle, so schätzte derselbe Gesprächspartner, verdiente der vorgenannte Arbeitgeber auf diese Weise

"fast eine Million, zumal man bei dem noch dazusagen muß, dass er die meisten Materialien von anderen Baustellen abgezweigt hatte, d.h. kostenlos bekommen hat. Der hat sich dabei dumm und dämlich verdient".

Freilich, nicht immer sind Arbeitgeber Ausbeuter - schließlich gibt es auch unter ihnen solche, die unter der in der Baubranche generell schlechten Zahlungsmoral ihrer Auftraggeber leiden²⁰. Hier gibt es Berichte von solchen, die dann wenigstens versuchen, ihre Arbeitnehmer mit Sachleistungen für ihre Dienste zu bezahlen. So wird etwa von einem italienischen Arbeitgeber erzählt dass er, als der Generalunternehmer wieder einmal nicht gezahlt hatte, den 'Illegalen' einen italienischen Personalausweis angeboten hatte, um sich wenigstens auf diese Weise erkenntlich zeigen zu können. Wieder ein anderer Arbeitgeber bot dem Arbeitnehmer ein "Simson"-Motorrad statt Bargeld an.

V. DIE LEBENSITUATION 'ILLEGALER' ARBEITNEHMER

An Arbeitsangebote fehlt es nach Aussagen 'illegaler' Gesprächspartner auch gegen Ende 1999 nicht. Wohl aber fehlen längerfristige Anstellung mit geregelten Arbeitszeiten und guter *und* regelmäßiger Bezahlung²¹. Um dennoch zurecht zu kommen, suchen sich 'Illegale' mehrere zeitlich aufeinander abgestimmte Jobs, um dadurch wenigstens unterm Strich auf ein volles Gehalt zu kommen. Außerdem sind sie zu *flexibleren Arbeitszeiten* bereit, etwa überlange oder unübliche Arbeitszeiten (abends, Wochenende) in Kauf zu nehmen oder längere Anfahrtswege (z.B. auf Bauprojekte außerhalb der Stadt oder gar in anderen Bundesländern). All dies hat jedoch seine Auswirkungen auf die Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit der Arbeiter und ist ein Grund hinter der zunehmenden Anzahl an Erkrankungen und Arbeitsunfällen.

Durch die zunehmenden Kontrollen wächst das Bedrohungsgefühl, denn überall sonst hat man mehr Selbstkontrolle über die Wahl von Verhaltensstrategien oder zum Gestalten des eigenen Umfelds. Die Verschlechterung in den Beschäftigungsmöglichkeiten und wachsende Anzahl von Baustellenkontrollen trägt zur Vergrößerung des Bedrohungsgefühls bei: Zum einen ist man zunehmend gezwungen, Arbeit selbst dort anzunehmen, wo man Arbeitgeber oder Vermittler nicht zuvor gründlich auf seine Seriosität hin überprüfen kann. Hinzu kommt auch, dass man sich aufgrund der immer kürzer werdenden Einsatzzeiten auf den Baustellen nicht mehr so gut wie früher gegen Kontrollen absichern kann (etwa durch das Vorbereiten von Verstecken oder Fluchtwegen) wie dies vor 1997 noch möglich war.

Die angespannte Situation im Bausektor lässt sich auch in der *Zunahme von ausländerfeindlichen und rassistischen Vorfällen* festmachen. Bekannt ist zunächst das gespannte *Verhältnis zwischen 'Illegalen' und Deutschen*. 'Illegale' leiden unter der auch in anderen Teilen der Gesellschaft verbreiteten Tendenz, 'Ausländer' für Missstände aller Art verantwortlich zu machen. Zum Beispiel dann, wenn ein Diebstahl vorgefallen ist: Aus den Notizen des Verfassers nach einem Gespräch mit einem 'Illegalen':

Auf der letzten Baustelle, wo er arbeitete, fand am zweiten Tag ihrer (= des Erzählers und seiner Kollegen) Anwesenheit ein Diebstahl statt: Einem Deutschen wurden 800 DM und der Pass gestohlen. Sofort wurden natürlich sie verdächtigt, obwohl der Diebstahl im Erdgeschoss stattfand während sie im Obergeschoss arbeiteten. Ein Vorarbeiter verteidigte sie. Später fanden sie heraus, dass genau dieser Vorarbeiter der Dieb gewesen sein mußte, da alles hinter den Kacheln im Bad versteckt war, dem Arbeitsplatz, wo dieser arbeitete. Dieser Vorfall verletzte ihn tief: (Er sagte:) "Immer sind es gleich wir, keiner hat den Vorarbeiter auch nur im entferntesten verdächtigt".

Verstärkend kommt unter Bauarbeitern ein existentielles Bedrohungsgefühl hinzu, indem für viele feststeht, dass "die Ausländer" (= Täter) "uns" (= Opfer) die Arbeit wegnehmen und "man" sich deshalb auch selbst von "denen da" bedroht fühlt. Dass ihre Anwesenheit sich nicht so leicht bzw. so ausschließlich in diesen Kategorien erklären läßt, ahnen die meisten, wollen es aber nicht zugeben. Ein anderer Grund für Ressentiments ist allerdings der von Arbeitgebern angeführte (und manchmal auch von deutschen Bauarbeitern zugegebene Aspekt), dass 'Illegale' die brauchbareren Arbeiter sind: Nicht nur ist deren Arbeitsergebnis oftmals qualitativ gleichwertig oder besser als das der deutschen Arbeitnehmer. Darüber hinaus sind sie arbeitszeitmäßig flexibler und einsatzfreudiger (s.o.II/1.)²². Dadurch aber, dass die 'Illegalen' das Arbeitstempo erhöhen, müssen auch die Deutschen härter 'ranklotzen' und mehr arbeiten als dies früher der Fall war, als sie noch 'unter sich' waren. Die Stimmung ist explosiv. Die folgende Passage stammt aus dem Gespräch mit einem Gewerkschaftsvertreter:

- "F. Nun ist es ja so, dass viel dieser 'Illegalen' Familienväter sind, die mit ihrer Arbeit zu Hause ihre Angehörigen über die Runde bringen wollen. Haben Sie für so etwas nicht Verständnis?
- A. Nein. Alle 'Illegale' gehören sofort abgeschoben. Ihre Arbeit hier ist ein Verbrechen an uns. Die kommen illegal her, deshalb müssen sie die Abschiebung als Risiko in Kauf nehmen. Die mögen ja arm zu Hause sein, aber Deutschland kann nicht alle Probleme in der Welt lösen. Tut mir leid, dass ich das so deutlich sage. Man will ja nicht in den Geruch des Ausländerfeindes kommen. Hier geht es aber um unsere Existenz. Auch wir haben Frauen und Kinder zu ernähren.
- F. Ist die Stimmung überall so?
- A. Die Stimmung ist noch viel schlimmer. Mich wundert, dass es nicht schon mehr Tote und Verletzte gegeben hat"²³.

Wie in dem vorstehenden Zitat angedeutet, gibt es in den letzten Jahren eine steigende Anzahl mysteriöser, nie geklärter '*Arbeitsunfälle*', bei denen 'Illegale' unter den Opfern sind. Wie viele dieser Unfälle fremdenfeindliche Hintergründe haben oder nicht, kann kaum gesagt werden. Für solche Vorfälle kann es auch andere Gründe geben, z. B. mangelnde Kenntnis oder Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften, Feindseligkeit zwischen rivalisierenden Banden, Strafaktionen der eigenen Leute gegen ein potentielles 'Sicherheitsrisiko', oder Statuierung eines Exempels seitens krimineller Arbeitsvermittler. Wird ein solches 'Unfallopfer' ins Krankenhaus eingeliefert, beeinflusst Arbeitsüberlastung oder das Gefühl, dass Spekulationen nicht zu ihrem Job gehören, viele Ärzte in der Unfallchirurgie dahingehend, lediglich die Wunden zu behandeln. Falls sie jedoch einen Verdacht schöpfen und weiterleiten, heißt dies noch lange nicht automatisch, dass diesem von den Behörden mit der gebotenen Gründlichkeit nachgegangen wird bzw. (aufgrund der mangelhaften Kooperationsbereitschaft auf der Baustelle) werden kann.

Erwähnt werden muß abschließend die Existenz von *rassistisch-fremdenfeindlichen Spannungen unter den 'Illegalen'* selbst - die sich aufgrund der wachsenden Konkurrenz untereinander verschärft. Generell besteht schon eine Fülle von Vorurteilen, z.B: dass "die Albaner" als ein "rüpelhaftes Volk" oder "die Polen" als "brav und dumm" abgetan werden. Hier wie überall kann man gängige Spannungen entdecken, die entweder historisch bedingt sind (z.B. Polen - Ukraine), aus dem Heimatland mitgebracht wurden (Rumänen - Roma), oder 'quasi - international' sind wie etwa die Hierarchie zwischen Weißen, Farbigen und - innerhalb dieser Gruppe als letztes Glied - den Schwarzafrikanern. Selbst in der letzten Gruppe schauen Nigerianer auf

Ghanaer und Gambier herab, bzw. gibt es unter den nigerianischen Staatsbürgern klare 'Rangunterschiede' je nach Herkunftsbezirk, Religion oder Stamm der Betroffenen. Nicht erstaunlich deshalb, dass *unter den 'illegalen' Arbeitnehmern wenig Solidarität* festzustellen ist, die z.B. wichtig wäre, um durch einen Streik ausstehende Lohnauszahlung zu erzwingen. Man weiß natürlich auch, dass jeder Arbeitgeber im Fall eines Streiks aufgrund des Arbeitnehmer-Überangebots problemlos Ersatz für die streikenden Arbeiter finden wird. Ohnehin fehlende Rekursmöglichkeiten zur deutschen Polizei oder Justiz (die man wegen des Risikos der Ausweisung nicht um Hilfe bitten will) lassen dann oft nur noch den Ausweg zu, Mafiaeinheiten zur Eintreibung ausstehender Lohnschulden anzugehen [cf. hierzu auch EOB:43f].

VI. ZUSAMMENFASSUNG

Die oben in II/1. geschilderten Zustände in der Baubranche können als eine Facette der allgemeinen Globalisierungs- und Deregulierungsprozesse verstanden werden: Wie genau Globalisierung, Deregulierung und der daraus erwachsender Konkurrenzdruck als Ursache für illegale Ausländerbeschäftigung verstanden werden muss, erfordert sicherlich eine noch gründlichere Untersuchung und Diskussion und muss kompetenteren Personen überlassen werden²⁴. So viel kann aber gesagt werden: Die Bauindustrie kann, da sie an Ort und Stelle produzieren muss, keine Produktionsstellen ins Ausland verlegen. Die Alternative ist, dass die Produktionsbedingungen, die im Ausland möglich wären, in Gestalt von Billigstarbeitern gewissermaßen ins Land geholt und dadurch an Ort und Stelle 'hergestellt' werden. So gehen zwar in der Bauindustrie zunehmend (Stamm-)Arbeitsplätze vor allem im unteren Segment des Arbeitsmarktes verloren bzw. werden deutsche (Stamm-)Arbeitnehmer durch Arbeitgeber unter Verweis auf die Bereitschaft anderer, für wenig Geld zu arbeiten, unter Druck gesetzt, solche Bedingungen ebenso für sich zu akzeptieren. Dies geschieht aber nicht wegen "der Ausländer" oder gar "der Illegalen". Der Arbeitsplatzabbau ist vielmehr eine Begleiterscheinung struktureller Veränderungen. Zur Bewertung des Gesamtproblems gälte es deshalb insgesamt auch die Schwarzarbeit von 'Legalen' (Deutschen und legal in Deutschland lebenden Nichtdeutschen), Leistungsmissbrauch, Abgabenbetrug und Steuerhinterziehung in die Untersuchung mit einzubeziehen²⁵. Innerhalb dieses Geschehens sind 'Illegale' somit lediglich ein Teil bzw. die letzte Konsequenz dieser Entwicklungen mit der Folge, dass, wenn man alle 'Illegalen' beseitigen würde, deren Funktion im Produktionsprozess auch von 'legalen Schwarzarbeitern' abgedeckt werden könnte - zwar nicht ganz so profitabel, aber immerhin.

Auf den ersten Blick profitieren also eine Reihe von Personen und Interessengruppen von diesen Arrangements: Arbeitgeber retten ihre Betrieben, Auftraggeber freuen sich über sinkende Baupreise, Banken bekommen Kredite pünktlich zurück, (weiterbeschäftigte) deutsche Arbeitnehmer behalten ihre im europäischen Vergleich konkurrenzlos hohen Löhne, Handel und Vermieter machen Umsatz und der Staat erhält Steuern aus dem Konsum der Migranten. Zudem drängte sich dem Verfasser aus seinen Gesprächen der Eindruck auf, dass viele von denen, die ihren Stammarbeitsplatz verlieren, eine Beschäftigung im Bereich der stetig wachsenden Schattenwirtschaft annehmen und damit finanziell oft besser darstehen als vorher²⁶. Bei den 'illegalen' Arbeitsmigranten trifft die Nachfrage der Arbeitgeber nach Billigstarbeitskräften wiederum auf im Land lebende Menschen, die keine Alternative zur Annahme von Billigstarbeit haben oder solche, die in den Ökonomien ihrer Herkunftsländer keine Zukunftsperspektive sehen und die vorübergehende Abwesenheit von zu Hause gerne in Kauf nehmen um sich einiges Geld in harten Devisen zu verdienen. Ihr Herkunftsland wiederum hat kein Inter-

esse, Abwanderung und 'Brain - Drain' zu stoppen. Zum einen können so Spannungen vermieden werden, die durch deren Arbeitslosigkeit entstehen würde, sodann sind die Devisen - Rücküberweisungen der 'Illegalen' an ihre Angehörigen eine willkommene Einnahmequelle, die in ihrer Höhe die zwischenstaatliche Entwicklungshilfe oftmals übersteigt. Und somit ist Krasmann/Lehne in ihrer Analyse zuzustimmen

"Im Kontext der Globalisierung stehen weltweit alle Akteure in einem internationalen Wettbewerb, in dem es darum geht, Markchancen zu finden und diese ebenso wie Standortvorteile zu nutzen... Der Markt kennt keine Moral, keine Unterscheidung in legale und illegale, der gesellschaftlichen Entwicklung förderliche und abträgliche Transaktionen. Der Markt kennt nur Gewinnmöglichkeiten, Kostenfaktoren, Absatzmöglichkeiten etc. Und entsprechend dieser Logik sind illegale Märkte schlicht solche mit einer spezifischen Konstellation an Sonderkosten und Sonderchancen, die als eine Option wirtschaftlichen Handelns genutzt werden, sofern sich das Engagement im Verhältnis zu den realen Alternativen rechnet." [S.117]

Auf den zweiten Blick hin sind jedoch eine Reihe bedenklicher Entwicklungen festzustellen: Es konnte etwa nur andeutungsweise auf die Unterschiede eingegangen werden, die sich aus einer Gegenüberstellung von *kurzfristigen und langfristigen Schadens- und Nutzensanalysen* ergeben würden. Die Beschäftigung 'illegaler' Ausländer und Schwarzarbeiter geht beispielsweise nur so lange gut, wie die Mehrheit an Arbeitgeber und Arbeitnehmern noch ihre Steuern und Abgaben zahlen. Ab einem bestimmten Punkt jedoch wird das System der gesamtgesellschaftlichen Ordnung und sozialen Fürsorge nicht mehr finanzierbar sein und somit unausweichlich Schaden für Alle entstehen. *Ebenso müßten qualitative Schäden*, die im Kontext der illegalen Ausländerbeschäftigung ebenfalls entstehen und anwachsen (wie etwa Fremdenfeindlichkeit oder Kriminalität bei Lohnvorenthaltung (wie etwa Überlebensdiebstahl etc.), die sich aber nicht quantifizieren lassen, *in eine Gesamtbewertung einbezogen werden*. Eine gründliche Untersuchung all dieser Aspekt würde jedoch den Rahmen des Vortrags sprengen.

In dem Geflecht von Vor- und Nachteilen insgesamt befinden sich die 'Illegalen' in der schlechtesten Position: Sie sind am wehr- und hilflosesten gegenüber Ausbeutung und Lohnvorenthaltung. Ihre privaten Unterstützungsstrukturen (über 'illegale' oder legal in Deutschland lebende Landsleute) sind oft selbst überlastet und können ihnen dann nicht mit Lebensmitteln, Unterkunft oder Geld aushelfen, andere Unterstützungsmöglichkeiten, etwa über Beratungsstellen oder ehrenamtliche Hilfsorganisationen sind rar und ebenfalls ressourcenmäßig knapp ausgestattet. Und so bleibt oft nur der Weg der gegenseitigen Verschuldung oder der Verschuldung gegenüber halsabschneiderischen bzw. kriminellen Geldgebern (mit der Gefahr der Erpressbarkeit) oder gleich der Weg in die Straftatbegehung, wobei wiederum Überlebenskriminalität (Lebensmitteldiebstahl) das mit Abstand häufigste Vergehen ist.

Dennoch sind 'Illegale' für die Gesellschaft insgesamt eine relativ ungefährliche Gruppe, da sie sich, aus Angst vor Enttarnung mit nachfolgender Ausweisung oder gar Abschiebung, sehr um Unauffälligkeit bemühen. Dazu gehört insbesondere, dass sie sich solange wie möglich von jeglicher Straftatbegehung (auch Lebensmitteldiebstahl) zurückhalten, selbst auf die Gefahr hin, unter erbärmlichsten Umständen leben zu müssen. Auch diese relative 'Ungefährlichkeit' ist vermutlich ein Grund, warum die Anwesenheit 'Illegaler' in Deutschland von maßgeblichen Gruppen stillschweigend toleriert wird. In den Worten eines 'illegalen' Gesprächspartners:

"Die Anwesenheit von uns ist gewollt und geduldet. Die Polizei weiß, wo wir wohnen und arbeiten. Wenn die wirklich wollten, gäbe es innerhalb von 24 Stunden keinen 'Illegalen' mehr in Leipzig. Ich könnte dir da Geschichten erzählen... Solange Deutschland Leute wie uns braucht, leben wir hier völlig sicher."

VII. LÖSUNGSPERSPEKTIVEN

Themenstellung des Referats war eine Schilderung der Stellung 'illegaler' Migranten im Arbeitsmarkt. Aus Gründen Komplexität wurde eine Beschränkung auf den Bausektor getroffen. *Was Lösungen für die geschilderten Probleme betrifft, so wären Darlegungen vergleichbarer Länge erforderlich*, zumal, wie in der Zusammenfassung (VI.) betont, illegale Ausländerbeschäftigung auf dem Bau nur ein Aspekt im Gesamtkomplex der Schattenwirtschaft ist. Dasselbe gilt für den migrationspolitischen Aspekt: Auch hier sind wirtschaftliche Erwägungen nur ein Aspekt hinter dem Gesamt an Migrationsbewegungen. Es gilt hier ebenso Menschenrechtsverletzungen, demographische und entwicklungspolitische Aspekte in ein migrationspolitisches Gesamtkonzept mit einzubeziehen. *Aus diesem Grund umreißen die folgenden Punkten lediglich zwei exemplarische Bereiche*, um die Bandbreite anzudeuten, wo Lösungen gesucht werden müssen.

MASSNAHMEN IM BEREICH DER STRAFVERFOLGUNG

Wie im Forschungsbericht dargelegt, besteht nach Auffassung des Verfassers und seiner Gesprächspartner in der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Ausländerbeschäftigung ein dreifaches Gerechtigkeitsdefizit. Es wird die Position vertreten,

- a. dass ausländische Arbeitnehmer gründlicher und öfter kontrolliert werden als inländischen Arbeitnehmer,
- b. dass generell Arbeitnehmer häufiger bestraft werden als Arbeitgebern, und
- c. dass kleine und mittelständische Firmen leichter und öfter der Begehung von Straftaten überführbar und deswegen strafbar sind als große Betriebe.

Solange sich hier nichts ändert und sich die Kontrollen - sei es gewollt oder nicht anders möglich - weiterhin auf das schwächste Glied, nämlich die 'Illegalen', konzentrieren, wird hier kein effektiv abschreckender Effekt zu erwarten sein da (s.u. VII/2). Verbesserungen könnten aber erzielt werden, indem man die Rechte der 'Illegalen', gegen Ausbeutung vorzugehen, stärken würde: Wenn 'Illegale' um ihren Lohn betrogen werden bleiben ihnen nur wenige Mittel, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Ihre Möglichkeiten würden sich drastisch verbessern, wenn ihnen die Möglichkeit eingeräumt würde, Hilfe bei deutschen Polizeistellen oder Gerichten nachzusuchen: Die Strafverfolgung solcher Arbeitgeber unter Hinzuziehung der Zeugenaussagen ausgebeuteter Arbeitnehmer scheint nach bisherigen Erfahrungen wesentlich effektiver und abschreckender zu sein als das bisherige Vorgehen der Arbeitsämter und Polizeidienststellen. Solange hier aber seitens der 'Illegalen' die (berechtigte) Sorge besteht, dass bei der Kontaktierung der Polizei eher eine Ausweisung und Abschiebung als die Auszahlung geschuldeter Lohngeelder droht, wird diese Möglichkeit für die 'Illegalen' keine attraktive sein. Eine personelle Anpassung von Polizei- und Justizstellen an die Stellenerhöhung bei Arbeitsamt und Zoll wäre wichtig, damit die durch letztere aufgedeckte Missstände schneller als bisher vor Gericht gebracht werden können, ebenso sollten Vorschläge zur Erleichterung der Beweisführung

(z.B. im Wiederholungsfall Beweislastumkehrung, bei Gericht ähnlich hohe Standards in der Bemessung der wirtschaftlichen Verhältnisse wie im Verfahren des Arbeitsamts) und in der Bestrafung (z.B. gesamtschuldnerische Durchgriffshaftung, Ausweitung der Ausschlussfrist von öffentlichen Aufträgen) endlich umgesetzt werden.

STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN UND MASSNAHMEN ZUR MIGRATIONS-PRÄVENTION

Solange sich aber die Nachfrage nach 'illegalen' Billigstarbeitern trotz Strafen insgesamt für alle Akteure 'rechnet', werden sich für jeden erwischten und ausgewiesenen 'Illegalen' zwei Nachfolger um dessen 'freigewordene' Stelle bewerben. Und solange Angebot und Nachfrage bestehen, wird es kommerzielle und kriminelle Anbieter geben, die zwischen Angebot und Nachfrage vermitteln. In den Worten eines 'illegalen' Gesprächspartners: "Wo Geld verdient werden kann, sucht man Wege, da dran zu kommen. Wir wollen Arbeit, die deutschen Chefs wollen Gewinne, und die Mafia vermittelt zwischen uns." Und so ist Krasmann/Lehne erneut in ihrer Analyse zuzustimmen:

"Zunehmendes Engagement ausländischer Akteure in illegalen Ökonomien..., zunehmend international organisierte Märkte, all das ist eine logische Facette der Globalisierung, der Herrschaft der Marktgesetze. Die zunehmenden Bestrebungen, dieser Entwicklung unter der Überschrift *internationale Bekämpfung der Organisierten Kriminalität* zu begegnen, suchen die Illusion zu erzeugen, man könne die Gesamtkonstellation unangetastet lassen und isoliert gegen die Akteure auf den illegalen Märkten vorgehen. Nicht eine Angleichung der in vielfacher Hinsicht ungleichen Standortbedingungen wird diskutiert, sondern lediglich eine Angleichung der Kontroll- und Strafverfolgungsstandards; ... nicht die legale Konkurrenz aus Billiglohnländern, sondern die illegaler ausländischer Arbeitnehmer, nicht der steigende Einwanderungsdruck aus den armen in die reichen Länder, ... sondern die Bekämpfung der Schleuserkriminalität stehen auf der Tagesordnung." [S.117f., Herv. i. Text]

Aus diesem Grund müssen auch strukturelle Änderungen auf die Tagesordnung, zum Beispiel: Menschliche Arbeit in Deutschland muss wieder konkurrenzfähig werden. Es ist beispielsweise eines, einen (nationalen) Mindestlohn zu definieren, diesen als allgemeinverbindlich zu erklären und die Rechtmäßigkeit dieses Schrittes sogar erfolgreich bis zum EU-Gerichtshof durchzuführen [LVZ 24.11.1999]. Solange die Zahlung von Mindestlohn aber democh unwirtschaftlich ist bzw. darauf basierende Kalkulationen nicht mit den Kalkulationen, die in anderen Teilen der EU oder gar Drittländern möglich sind, konkurrieren können, werden seitens der Arbeitgeber weiterhin Möglichkeiten gesucht, diese Mindestlohnbestimmung zu unterlaufen. Wenn man also eine gewisse Lohnhöhe garantieren will (und dies - wegen der Lebenshaltungskosten in Deutschland- wohl auch unumgänglich ist) muss eine Senkung der Arbeitskosten durch Entlastungen bei den Steuern und Sozialabgaben herbeigeführt werden. Dadurch würde nicht nur die Nachfrage nach 'illegalen' Billigarbeitern sinken, sondern sich auch die inländische Schwarzarbeit verringern.

Abschließend darf nie vergessen werden, dass der glücklichste Migrant derjenige ist, der sein Heimatland erst gar nicht verlassen muss. Hierin waren sich vor allem die Arbeitsmigranten unter den Gesprächspartnern des Verfassers einig. Zwei Zitate: Für folgenden Gesprächspartner wäre es das Höchste

"die Heimat aufzubauen, die Ukraine. Nicht irgendwo hinzufahren und andere Länder aufzubauen, sondern das eigene Land. Die besten Fachleute sind im Ausland. Auf der ganzen Welt. Zu Hause sitzen nur die Alkoholiker²⁷."

Und ein anderer meinte

"Es ist wichtig, dass ihr Handel mit uns treibt, damit wir Geld verdienen. Wer kauft denn heute noch unsere Autos? Damals war Dacia ein guter Exportartikel. Jetzt ist es billiger, Kohle zu importieren als selbst zu fördern. Das macht uns kaputt. Das macht die Probleme. Jetzt zahlt die Regierung auf die Kohle drauf, um die Arbeitsplätze zu retten. Irgendwann geht das nicht mehr. Dann explodiert unser Land"²⁸.

Hier ist in erster Linie an eine Verstärkung von Maßnahmen zu denken, die den Ausbruch von Krisen zu vermeiden suchen und weiterhin anzielen, die "langfristigen strukturellen Krisenursachen wie Armut, soziale Disparitäten" zu beseitigen [Eid: 8+10]. Hierbei geht es aber nicht nur um eine Ressourcenumschichtung innerhalb des Bundeshaushalts, etwa weg vom Bundesgrenzschutz hin zur Entwicklungszusammenarbeit²⁹. Es geht auch um die strukturelle Ergänzung der Entwicklungszusammenarbeit u.a. durch "eine vorausschauende Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik" [ibid.:10].

ABKÜRZUNGEN

LVZ: Leipziger Volkszeitung
 SZ: Süddeutsche Zeitung

LITERATUR

Bartsch, N. (1997). *Rede zum Sächsischen Baugewerbetag 1997 in Dresden.*

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) (1996). *Achter Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes - AÜG - sowie über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung - BillBG.* Bundestagsdrucksache 13/5498, Bonn.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (1994). *Konzept Flüchtlingspolitik im Rahmen der Entwicklungsarbeit.* Berlin

Cyrus, N. (1995). Zum Zusammenhang von Arbeitsmigration und Arbeitsmarktumsstrukturierung. In: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss (Hrsg.), *Materialheft zur Woche des ausländischen Mitbürgers*

DGB (1993). *Werkverträge und illegale Beschäftigung. Arbeitspapier.* Düsseldorf

Eid, U. (1999). *Menschen auf der Flucht – Ursachen und Lösungsbeiträge der Entwicklungspolitik.* Rede anlässlich der Veranstaltung der Evangelischen Akademie Baden am 18.09.1999

EOB (Erzbischöfliches Ordinariat Berlin) (Hrsg.) (1999). *Illegal in Berlin – Momentaufnahmen aus der Bundeshauptstadt.* In: Reihe *Betrifft: migration* Nr. 4.

Ghosh, B. (1998). *Huddled Masses and Uncertain Shores - Insights into Irregular Migration.* The Hague: Martinus Nijhoff.

Jahn, A./Straubhaar, Th. (1998). A Survey on the Economics of Illegal Migration. In: *South European Society and Politics.* (Zitate aus dem unveröffentlichten Manuskript).

Keitel, H. P. (1997). *Rede anlässlich der Jahreshauptversammlung der HOCHTIEF AG am 26.06.1997.*

Keitel, H. P. (1998). *Rede anlässlich der Jahreshauptversammlung der HOCHTIEF AG am 26.06.1998.*

Kleine-Möller, N. (1992). *Handbuch des privaten Baurechts.* München: Beck.

Knipper, M. (1997). *"Come together". Arbeitsmigranten - die neuen und alten Sündenböcke des deutschen Arbeitsmarktes? Vortrag anlässlich der Kooperationsveranstaltung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Katholischen Akademie, Berlin 20.09.1997.*

Krasmann, S./Lehne, W. (1997). "Organisierte Kriminalität" im Windschatten der Globalisierung legaler und illegaler Märkte. In: *Vorgänge*, 36, Heft 1, S. 106-119.

Ludwig M. (1998). *Globalisierung der Märkte. Motor oder Bremse für den Wohlstand hochentwickelter Volkswirtschaften.* Frankfurt: Peter Lang

Sommerlatt, R. (1996). Spielraum bei Auftragvergabe zugunsten einheimischer Firmen ausschöpfen. In: *Leipziger Wirtschaft*, 3/1996 (Kammerzeitschrift der IHK Leipzig), S. 7+8.

Wallraff, G. (1985). *Ganz unten.* Köln: Kiepenheuer & Witsch.

1. Der Verfasser schließt sich mangels einer geeigneten begrifflichen Alternative dem in Deutschland gängigen Brauch an, diese Menschen als 'illegale' Immigranten oder nur 'Illegale' zu bezeichnen. Um die negative Konnotationen zu mildern, die mit dem Reden von illegalen = ungesetzlichen Menschen verbunden sind, wird die Bezeichnung 'illegal' in Bezug auf Menschen stets in Anführungszeichen gesetzt. 'Illegale' im Sinne des Forschungsberichts sind -kurz gesagt- Menschen, die keine gültigen Papiere besitzen und die bei einer Kontrolle durch die Behörden mit Ausweisung und Abschiebung rechnen müssen.

2. Die Studie ist Teil eines umfassenderen Forschungsprojektes, welches Teilstudien in Großbritannien und Spanien ebenso umfasst wie eine in Oxford erfolgende Synthese der drei Teilstudien.

3. Die Zitate sind Artikel 1 A (2) und Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention entnommen.

4. Auf die längste Beschäftigungszeit in Deutschland konnte ein Gesprächspartner zurückblicken, der seit 1992 ununterbrochen für sechs verschiedene Arbeitgeber in verschiedenen Städten Ostdeutschlands tätig war, die dort auch öffentliche Aufträge bearbeiteten.

5. Zur Glaubwürdigkeitseinschätzung dieser Gesprächspartner und Überprüfung ihrer Aussagen standen den Durchführenden mehrere Verifikationsmöglichkeiten zur Verfügung. Aufgrund von deren Bekanntheit in der 'Szene' war es beispielsweise möglich, über sie Informationen von anderen 'Illegalen', 'Szenekennern' oder aus Behördenakten zu beziehen.

6. Wie bei allen empirischen Feldstudien, die schwerpunktmäßig an einem bestimmten Ort durchgeführt wurden, stellt sich auch im vorliegenden Fall die Frage, welche der Ergebnisse und daraus abgeleiteten Aussagen nur für den Erhebungsraum (also Leipzig), und welche Aussagen über den Erhebungsraum hinaus Gültigkeit beanspruchen können. In der Tat wurden im Laufe der Datenerhebung Aspekte festgestellt, die auf Besonderheiten der Leipziger Situation, im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten, hinweisen: z.B. der hohe Anteil an weißhätigen Migranten (vor allem aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa), der niedrige Anteil an Frauen oder der niedrige Anteil derer, die illegal in privaten Haushalten beschäftigt sind. Auf diese Besonderheiten wird vor allem in Teil II des Forschungsberichts (der Situationsbeschreibung), eingegangen. Der Verfasser bemühte sich bei den Berichtsteilen III und IV (Forschungsthesen und Effizienzbewertung der gegenwärtigen Bekämpfungsansätze), die Richtigkeit der dort erhobenen Aussagen mit Hilfe von Gesprächspartnern außerhalb Leipzigs oder schriftlichen Unterlagen abzusichern.

7. "Die tariflichen Zusatzkosten betragen momentan 48,7%, die gesetzlichen jedoch 66,6%, so dass sich der Zuschlagsatz auf den Grundlohn von 115,3% errechnet" [Bartsch 1997:6].

8. Ostdeutschland: 1720, Westdeutschland: 1573 Stunden Jahressollarbeitszeit. Überstunden und Fehlzeiten sind nicht berücksichtigt. Im Vergleich: Schweiz (1844), Griechenland (1840), Portugal (1823), Irland (1802). [cf. SZ, 11.5.1998]

9. Zur Zeit noch wenigstens. Die "Tagesthemen" - Sendung der ARD berichtete am 31.3.1998 von der Münchener Baumaschinenausstellung, auf der ein 'Maurerroboter' vorgestellt wurde. Dieser kostet zwar 500 000 DM in der Anschaffung, soll aber bis zu 10 Arbeiter ersetzen können. Auch Gewerkschaften, so der Beitrag, seien aufgeschlossen für weitere Mechanisierungen.

10. Der Verfasser bat verschiedene Experten bzw. Expertengruppen um einen Schätzwert zu folgender Frage: "Wie viele in Leipzig tätige Baufirmen zahlen ihren Arbeitnehmern heute noch das, was ihnen nach Tarif zustehen könnte?" Der Durchschnittsschätzwert aller Vergleichsgruppen betrug 20%. Am niedrigsten war der Durchschnittsschätzwert der Gewerkschaften mit 5%, am höchsten der Durchschnittsschätzwert der Arbeitgeber-/Fachverbände mit 35%. Zum Vergleich: Der Vorsitzende der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Klaus Wiesehügel, geht in einem Interview davon aus, dass in Ostdeutschland (!) 50% aller Baufirmen die derzeit gültige Tariföffnungsklausel nützen und ihre Arbeitnehmer bis zu 10% unter Tarif bezahlen [LVZ 11.1.1999], andere gewerkschaftliche Schätzungen gehen von 60% aller Baufirmen aus [LVZ, 20.11.1999].

11. Zwar gibt es verschiedene *gesetzgeberische Regelungen, die den deutschen Mindestlohn - und damit den deutschen Arbeitsplatz und die Arbeitsstandards - sichern sollen*, z.B. die Kontingentierung von Werkvertragsarbeitern aus Osteuropa oder das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, welches einen gleichen (Mindest-)Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort vorsieht und die Arbeitsbedingungen regeln möchte. Diese Vorschriften können jedoch leicht umgangen werden. Nicht wenige tun dies nicht zuletzt deshalb, weil sich über die zunächst legalen Arbeitsverhältnisse Beziehungen etablieren, die lückenlos in illegale Arbeitsverhältnisse übergehen können. Aus diesem Grund war auch das Verbot von weiteren Werkverträgen für Leipzig weitgehend folgenlos. In den Worten eines prominenten Gesprächspartners beim Arbeitsamt Leipzig:

- "A. Es bleibt festzustellen, dass mit Auslaufen des Werkvertragsverfahrens zum 31.8.1997 (seit diesem Zeitpunkt greift die Arbeitsmarktschutzklausel in diesem Verfahren für den Arbeitsamtsbezirk Leipzig, d.V.) eine starke Zunahme von ausländischen Arbeitskräften festzustellen ist, die sich auch illegal in Deutschland aufhalten.
- F. Ist dies eine absolute Zunahme auf Seiten der 'Illegalen' oder Arbeitgeber oder hängt diese Zunahme vielleicht damit zusammen, dass Sie mehr kontrollieren? Oder kann man diese Steigerungsrate nicht so leicht festmachen?
- A. Ich sehe als Grund für die Steigerung, dass die Möglichkeiten der legalen Ausländerbeschäftigung für den Arbeitsamtsbezirk Leipzig durch den Wegfall des Werkvertragsverfahrens stark eingeschränkt worden ist und deshalb auf Personen zurückgegriffen wird, die sich illegal in Deutschland aufhalten.
- F. Also nimmt man diesen Leuten legale Beschäftigungsmöglichkeiten, bleiben sie trotzdem da und greifen zu illegalen Beschäftigungsmöglichkeiten?
- A. So ist es."

12. Der Verfasser bat verschiedene Experten bzw. Expertengruppen um einen Schätzwert zu folgender Frage: "Wie viele in Leipzig tätige Baufirmen greifen (neben untertariflichen Lohnzahlungen) als zusätzliche Einsparungsmöglichkeit auf deutsche Schwarzarbeiter und/oder illegale Ausländerbeschäftigung zurück?" Der Durchschnittsschätzwert aller Vergleichsgruppen betrug 54%. Am niedrigsten war der Durchschnittsschätzwert der Arbeitgeber-/Fachverbände mit 30%, am höchsten der Durchschnittsschätzwert der illegalen Arbeitnehmer mit 85%.

13. Auch Ignaz Walter, Präsident des Hauptverbands der Bauindustrie, ist der Meinung, dass der "Markt ... kaputt (ist). Der Pleiterekord von 4850 Firmen" 1998 "ist ein alarmierendes Indiz. Vielen Firmen bliebe nichts anderes übrig, als sich am ruinösen Preiskrieg zu beteiligen. Es würden Aufträge zu nicht kostendeckenden Preisen angenommen, damit überhaupt Umsatz gemacht wird. Oft genug sei der einzige Ausweg die Beschäftigung von Subunternehmern, die billige ausländische Arbeitskräfte beschäftigen. Ein riesiges politisches und soziales Problem, weiß Walter." Weitere 100 000 Jobs im Bauhauptgewerbe und der Zuliefererindustrie seien 1999 in Gefahr [LVZ, 10.6.1999]. Die 'Großen' der Baubranche sind selbst von solchen Nöten nicht so deutlich getroffen. So konnte H.P. Keitel von der HOCHTIEF A.G. feststellen: "Die ersten Monate (von 1998, d.V.) waren durch einen extrem harten, zum Teil **irrationalen Preiskampf** gekennzeichnet... Wir haben diesen Preiskampf nicht mitgemacht" [1998:24, Herv. i.T.].

14. "**Hauptunternehmer** ist der Auftragnehmer, der Vertragspartner des Auftraggebers ist und vereinbarungsgemäß Teile der übernommenen Bauleistungen an Nachunternehmer überträgt. **Nachunternehmer** ist der Auftragnehmer, der Vertragspartner eines Hauptunternehmers ist. Er führt Bauleistungen aus, die der Hauptunternehmer für seinen Auftraggeber (Hauptauftraggeber) zu erbringen hat." [Kleine - Möller:1, Herv. i.T.]

15. Nach einer Schätzung des Leipziger Gewerbeamts auf Grundlage der von ihnen 1997 durchgeführten Baustellenkontrollen waren von allen kontrollierten deutschen Firmen 70% ortsfremd und nur 30% aus dem Kammerbezirk Leipzig von diesen wiederum waren nur 10% direkt aus Leipzig. Hinzu kommen die Firmen aus den Transformationsländern und der EU.

16. Sommerlatt:8. Die Gegner dieser Position halten dagegen, daß mithilfe buchhalterischer Tricks Posten derart geschickt veranschlagt und gebucht werden können, daß keiner die dahinter liegenden Verschleierungsabsichten erkennen kann.

17. Eleganter, aber in die selbe Richtung formuliert es Keitel, indem er darauf verweist, dass die Aufgabenstellung durch die Bauherren sich "gründlich gewandelt" habe. Bestand an die Bauunternehmen früher die Erwartung eines "schlüsselfertig für den Bauherrn" erstellten Bau, "geplant vom Architekten des Bauherrn, von ihm finanziert und nach Fertigstellung mit eigenem Personal betrieben", so wird zunehmend nach Projekten nachgefragt, "bei denen der Bauherr" dem Hauptunternehmer "lediglich die erforderliche Nutzfläche und den gewünschten Mietpreis nennt"[1997:29].

18. Hierzu die Zusammenfassung eines längeren Gesprächspassus mit einem 'Illegalen' durch den Dolmetscher:

"Bei dem gleichen Arbeitgeber, wo er 350 DM bekommen hat statt der erwarteten 2000, hat er dann noch Akkordarbeit gemacht. Es gab ein Projekt, wo sie der Meinung waren, sie brauchen zu zweit dafür 'ne Woche. Der Arbeitgeber hat das auf 'n Monat ausgedehnt, dieses ganze Projekt, und hat ihnen zum Schluss, als es dann um die Abrechnung ging gesagt: Also 'Ich hab' ihnen schon einen Vorschuss gezahlt vor 14 Tagen.' Und sie konnten ihm natürlich nicht beweisen, dass er nicht gezahlt hatte. Aber solche Sachen gibt es."

19. Hierzu erzählte ein Gesprächspartner folgendes Beispiel:

"Die nächste Arbeit war direkt von einem Deutschen aus dem Westen, aus Frankfurt. Die Stunde zehn DM. Einen Monat danach sagte der Arbeitgeber: Ich werde euch (für eine andere Arbeit) Akkordlohn zahlen. Sie

rechneten: Das sind 2000 DM für uns. Ausgezahlt bekamen sie aber nur 350 DM. Das reichte gerade zum Bezahlen von Schulden, die sie in der Zwischenzeit gemacht hatten. Jetzt hat er nur noch 50 DM zum Telefonieren nach Hause. Dabei kostet die Wohnung schon 150 DM Miete!"

20. Nach Auskunft des Sächsischen Baugewerbeverbands mußten 1996 zwischen 1% und 1,5% aller Forderungen aus Bauleistungen endgültig abgeschrieben werden. Das wiederum bedeutet, "daß in Sachsen jedes Jahr Bauleistungen im Wert von 300 Millionen DM erbracht werden, die niemand bezahlt. Hinzu kommt noch etwa eine Milliarde DM, die erst nach Mahnungen und mit Zeitverzug von durchschnittlich bis zu sechs Monaten ausgeglichen werden" [Bartsch 1997:2].

21. Ein 'illegaler' Gesprächspartner fasste die veränderte Situation wie folgt zusammen: "Ein Drittel meiner Zeit geht auf meine Arbeit, ein weiteres Drittel auf die Suche nach neuer Arbeit, und das letzte Drittel auf das Eintreiben ausstehender Löhne." Dies gilt auch für Berlin. Dort erklärte ein 'Illegaler' seinem Befrager: "Arbeit zu finden ist ganz einfach, weil es ganz viel Arbeit gibt. Aber bezahlte Arbeit zu finden ist schwer." [EOB:47]

22. Hierzu sind sie allein deshalb gezwungen, weil sie sich so für ihre 'Chefs' unentbehrlich machen wollen - ihre einzige Garantie, den Job behalten zu können. Ein Gesprächspartner meinte bissig:

"Kürzlich beklagte sich ein Deutscher über seinen Stundenlohn von nur 40 DM. Das sei viel zu wenig für das, was er arbeiten würde. Ich bekomme mit meinen zwei Kollegen je zwölf DM pro Stunde und wir arbeiteten ohne Unterbrechung."

23. Ein Experte aus dem Justizbereich bestätigt diese Stimmung:

"Ein Arbeiter ist auf einer Baustelle. Zwei Kollegen werden entlassen, zwei polnische Hilfskräfte eingestellt. Wenig später wird er entlassen und sieht: Seinen Platz hat auch ein Pole. Am Stammtisch trifft er die Kollegen, die zuvor entlassen wurden - Sie verstehen mich?"

24. Ansätze hierzu finden sich bei: Cyrus, Jahn/Straubhaar, Ghosh und Ludwig.

25. Auch der Gesetzgeber sah frühzeitig die Notwendigkeit zur Einbeziehung der "weiteren Erfahrungen im gesamten Bereich der illegalen Beschäftigung.. weil bei einer Beschränkung auf Erfahrungen" bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung allein "ein falsches Bild über die Erfolge und Probleme bei der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung, des Leistungsmissbrauchs und der Schwarzarbeit entstehen würde" [BMAS:6].

26. Im Hinblick auf Leipzig bat der Verfasser verschiedene Experten bzw. Expertengruppen um einen Schätzwert zu folgender Frage: "Wenn man die deutschen Arbeitnehmer auf den Leipziger Baustellen hernimmt: Wie viele von diesen sind Schwarzarbeiter?" Der Durchschnittsschätzwert aller Vergleichsgruppen betrug 35%. Am niedrigsten war der Durchschnittsschätzwert der Arbeitgeber mit 18%, am höchsten der Durchschnittsschätzwert der illegalen Arbeitnehmer mit 70%. Drei hauptsächliche Gründe wurden für diesen hohen Anteil gegeben: Zunächst hat eine Tätigkeit neben dem eigentlichen Beruf im Osten eine gewisse *Tradition*. So gab es bereits zur DDR-Zeit sogenannte 'Feierabendbrigaden', mit denen man abends oder am Wochenende 'Freunden, Bekannten und Nachbarn' aushalf - wobei dieser Begriff schon deshalb weit ausgelegt wurde, weil man in der sozialistischen Mängelwirtschaft auf gegenseitige Gefälligkeitserweisungen angewiesen war. Eine neue Motivation in diesem Kontext entstand etwa ab 1995, als Arbeitgeber aufgrund der Probleme auf dem ostdeutschen Bauplatz begannen, *Löhne* zu zahlen, die bis zu 25% unter den möglichen *Tariflöhnen* lagen bzw. viele Firmen aufgrund Geldproblemen Lohnzahlungen über längere Zeiträume hin (zwischen 3 und 6 Monate sind keine Ausnahmewerte!) zurückhalten mussten. Da die Arbeitnehmer irgendwie zu Geld kommen wollten, begannen sie, sich systematischer als bisher nach Schwarzarbeitsgelegenheiten umzusehen. Das dritte, häufig gebrachte Argumentationsmuster ist die Begründung, dass sich ausschließlich '*legale Arbeit*' aufgrund der bestehenden Steuern- und Abgabenlast *kaum mehr lohnt*. Aus den Gesprächen des Verfassers ging hervor, dass ein Arbeiter, der 20 DM schwarz auf die Hand erhält, besser dasteht, als wenn er für denselben Job gemeldet arbeitet und dabei nur 19,50 DM netto verdient. Des Weiteren sind Gehaltserhöhungen unattraktiv, weil dadurch das Risiko steigt, in eine höhere Steuerklasse zu kommen. Auch dies könnte netto vielleicht weniger Bargeld auf der Hand bedeuten als ein 'Kombilohn' aus legaler und illegaler Arbeit oder gleich reiner Schwarzarbeit.

27. Solche Vorstellungen kommen auch der Bundesregierung entgegen: "Die Auswanderung von Fachkräften stellt die Herkunftsländer häufig vor Probleme, da die abgewanderten Fachkräfte nicht immer durch gleich qualifizierte ersetzt werden können." [BMZ 1994:6]

28. Als Untermauerung für diese Aussage können die gewalttätigen Bergarbeiterproteste dienen, die ab dem 19.1.1999 für Schlagzeilen sorgten [LVZ und SZ, 20.1.1999 ff.]. Nach Aussagen des Gewerkschaftsführers Cozma "habe die Regierung dem Schil-Tal EU-Mittel 340 Millionen DM zugesagt" [SZ vom 25.1.1999]. Dies wurde von anderer Seite jedoch nicht

bestätigt.

29. Der Etat des Bundesgrenzschutzes betrug 1998 2,9 Milliarden DM, während dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung insgesamt im selben Zeitraum 7,6 Milliarden DM zur Verfügung standen.